

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1921**

147 (31.3.1921) Mittagausgabe

# Badische Presse

und Handels-Zeitung.  
Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik und Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld und Garten / Volk und Heimat.

Eigentum und Verlag von Ferd. Schönbauer.  
Verantwortlich: Dr. Erich Gierth.  
Redaktion: Karlsruhe, Postfach 100.  
Telefon: 1111.  
Druck: Druckerei Ferd. Schönbauer, Karlsruhe, Postfach 100.  
Telefon: 1111.

Besuchs-Briefe:  
In Karlsruhe: Am Verlags- und in den Abteilungen abends monatlich M. 5,30 frei ins Haus geliefert M. 6.  
Auswärts: Von unseren Agenturen bezogen M. 6.— Durch die Post einschl. Aufwandsgebühr M. 6,20 Einzelnummer 20 Pfennig.  
Anzeigen:  
Die 1. Spalte 10 Zeilen M. 1,50, die 2. Spalte 10 Zeilen M. 1,20, die 3. Spalte 10 Zeilen M. 1,00.  
Bei Wiederholung tarifierter Adressen werden die Abrechnungen des Abrechnungs- und Kontostandes außer Kraft tritt.  
Für Wiederholungen und für den Abdruck keine Gewähr übernommen.  
Im Fall ddrer Beweise hat der Verleger keine Verbindlichkeit über die Richtigkeit der Aussagen.

## Zusammenbrechen der Aufrührerbewegung.

### Die Schuldigen des Märzputsches 1921.

Der „Vorwärts“ hat die Ansicht vertreten, daß der in einem zelligen Durcheinander von Parteibrüchen, mißglückten Dynamitanschlägen und schlagelagerten Betriebsbesetzungen endende „Märzputsch von 1921“ als Entlassungsaktion für die durch den Kronstädter Aufstand bedrohte Sowjetregierung gedacht gewesen sei. Als Lenin und Trotski dann wieder bis auf weiteres Herren der Lage geworden waren, hätte die Sache nicht mehr abgeblieben werden können. Im „Berliner Tageblatt“ macht ein bekannter demokratischer Abgeordneter nützlichste Mittelungen, die ebenfalls die planmäßige Vorbereitung des Putschversuches erweisen. Der Gewächsmann des genannten Blattes berichtet von einer geheimen Konferenz in der Nähe von Bremen, wohl recht interessante Dinge über den Umfang und die Intensität der kommunistischen Propaganda, die in Deutschland und den Entente-Ländern, vor allem aber von der finanziellen Unterstützung durch Moskau zutage kamen. Dabei war auch die Rede davon, daß im Frühjahr 1921 der Zeitpunkt für einen neuen Umsturz in Deutschland gekommen sein würde, was dadurch noch unterstrichen wurde, daß man den Berliner Sowjetvertreter Kopp als käuflich und ungeeignet bezeichnete, weil er vor überlieferten Schritten gewarnt hätte. Es zeigt sich also, daß der „Befehl von Moskau“, von dem der „Vorwärts“ spricht, nur den Schlüsselpunkt einer folgerichtigen Entschloßung darstellte, und so erhebt sich die Frage, wer ihn in 1920 gelangte, die von der Sicherheitspolizei gemacht worden sind, und da es sich bei ihnen in der Mehrzahl der Fälle um gemeine Vergehen und Verbrechen handeln dürfte, ist das durchaus gut und richtig. Aber es kommt doch auch eine politische Seite, und da ist es bemerkenswert, daß die „Freiheit“ zu melden weiß, sämtliche möglicherweise bereits in Aufstand oder auf dem Wege dahin, oder, wie Hoffmann und Levi, — auf Erholungsurlaub, das heißt also, daß dieselben Leute, die im Reichstag und in ihrer Presse durch eine selbst ihnen bisher noch nicht dagewesene Hebe den Putsch heraufzubeschwören haben, jetzt den Aufstand erwidern wollen, als ob sie nichts von dem Putsch wüßten. Aber gleichzeitig ist fest, daß der bewußte Herr Hof zur Ausführung geschickt worden sein kann, indem selbstverständlich nur an Leute, die politisch an der Spitze standen. Wenn man aber diese Persönlichkeiten unsichtbar geworden sind, so ist der Grund der, daß man den vertriebenen Putsch als offizielle Unternehmung für die Partei vorzubereiten. Man fürchtet einen ähnlichen Rückgang wie ihn feinerzeit die U. S. P. mit der Putschaktion erlebt hat und man ist innerlich erschrocken durch die Einmütigkeit, mit der die Arbeiterklasse der Abschungsparole der S. P. D. und U. S. P. gefolgt ist und selbst in stark radikalsten Betrieben dem Druck demonstrierender Erwerbsloser sehr deutlichen Widerstand entgegengekehrt hat. In dem der offizielle Kommunismus nun auch die Gefolgschaft nicht worden ist, unterdrückt er noch das ihm unangenehme Urteil der Presse, auf die er besonders gerichtet hat. Im allgemeinen politischen Interesse ist das ja aber nur zu begrüßen.

### Die Entspannung.

!! Berlin, 30. März. (Eig. Drahtbericht.) Unterdrückte Kreise sehen die Lage im allgemeinen als entspannt an. Die Aufwühlbewegung ist größtenteils niedergeworfen, die Entspannung macht gute Fortschritte. In S. A. L. konnte die Technische Nothilfe ohne Zwischenfall eingeleitet werden, und die S. A. P. wurde in ihrem Vorgehen nicht gestört.

### Die Reise des Kaisers Karl.

Wien, 30. März. In einer gestern abgehaltenen Konferenz der Minister folgte die Partei der kleinen Landwirte in Budapest dem Befehl des Kaisers, eine energische Aktion gegen die Rückkehr des Kaisers Karl nach Ungarn einzuleiten und in schärfster Opposition zu treten. Während alle sonstigen Meldungen besagen, daß Kaiser Karl in Stein am Anger befindet, meldet die „Neue Freie Presse“, daß er auf Ansuchen der ungarischen Regierung und unter dem Schutze Spaniens sich auf dem Wege nach Spanien befindet.

Wien, 30. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Tschechoslowakei, Rumänien und Serbien haben in einer gemeinsamen Note der Regierung in Budapest erklärt, daß jeder Versuch zur Wiederaufrichtung der Habsburger Dynastie mit dem schärfsten Widerstand entgegenzutreten werde. — Ein Minister hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und ist zu der Ansicht gekommen, daß das Vorkommen ohne Wirkung auf die österreichischen Verhältnisse bleiben werde. Man wird jedoch eine Untersuchung darüber einleiten, ob öffentliche Meinung mitgewirkt haben, um es dem Kaiser zu ermöglichen, durch Österreich nach Ungarn zu gelangen, obwohl an der Grenze schärfste Kontrollmaßnahmen eingerichtet sind. Man wird sie noch verschärfen, um eine Rückkehr derartiger Vorkommnisse auszuschließen.

Wien, 30. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus authentischer Quelle verlautet, werden England, Frankreich und Italien in Budapest eine gemeinsame Erklärung abgeben, die die ungarische Regierung auffordert, Maßnahmen zu ergreifen, daß Kaiser Karl unverzüglich den ungarischen Boden verlassen. Die Kabinete von Frankreich, England und Italien werden gleichzeitig sich gemeinschaftlich an die in Betracht kommenden Staaten wenden, damit dem Kaiser bei seiner Rückreise freie Durchfahrt gesichert ist.

Wien, 30. März. (Eig. Drahtbericht.) Im Schweizerischen Bundesrat ist man von der Reise des Kaisers Karl nach Budapest außerordentlich überrascht. Ueber die Reise wußte weder das politische Parlament, noch die Fremdenpolizei etwas. Das politische Departement hat über die Angelegenheit eine Untersuchung angeordnet. Dem Schweizerischen Bundesrat liegt bis jetzt kein Gesuch zur Wiederaufnahme vor.

Wien, 30. März. Der Berner „Bund“ verweist darauf, daß Kaiser Karl mehr als einmal den Schweizerischen Behörden Besuchs-Briefe abgegeben habe, daß er sich in keine politischen Umstände einlassen werde. Das Blatt verzeichnet ferner das Gerücht, daß bei der Reise auch das Flugzeug eine Rolle spielte und schreibt: Die Frage ist nun, ob die Schweiz ihn wieder hereinlassen wird.

In Bitterfeld sind zwei Bataillone Reichswehr eingerückt, es herrscht Ruhe. In Uckermark wurden Anschläge kommunistischer Bänder durch das Einschreiten bewaffneter Macht verhindert und Verhaftungen vorgenommen.

In der Gegend von Eisleben wird noch mit verstreuten kleineren Bänden von Kämpfern berichtet. In Eisleben selbst herrscht Ruhe.

In Leipzig haben die Arbeitslosen abgelehnt, mit den Kommunisten gemeinsame Sache zu machen. Ein Gerücht, nach dem sich 500 in Leipzig befinden soll, bestärkt sich nicht.

In Hamburg herrscht Ruhe. Mit den streikenden Arbeitern sind Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Gange.

In Frankfurt a. M. blieb die Proklamation zum Generalstreik ohne jeden Erfolg. Auch im Ruhrgebiet macht sich eine allgemeine Entspannung der Lage bemerkbar.

In Berlin bleibt die Regierung den kommenden Tagen mit Ruhe entgegen. Die Absperzung des Regierungsbereichs ist aufgehoben worden. Bei einer Abstimmung in der U. S. P. erklärten sich 1.500 Arbeiter für und 8500 gegen den Streik. Ein Versuch der Wiederaufnahme der Arbeit durch die Niederlegung der Arbeit zu erzwingen, wurde von den Arbeitwilligen vereitelt.

W. B. Bremen, 30. März. Durch einen gewaltsamen Eingriff der kommunistischen Arbeiter in den Betrieb der Werftaktionsgesellschaft West ist dieser so gut wie lahm gelegt worden, da die Kraftstation der Werft betriebsunfähig gemacht worden ist.

### Die Attentäter auf die Siegesäule.

!! Berlin, 21. März. (Drahtbericht.) Unserer Berliner Schriftleitung. Die unter dem Verdacht des Verbrechens, den Anschlag auf die Siegesäule unternommen zu haben, von der Kriminalpolizei festgenommenen Personen sind heute der Staatsanwaltschaft vorgeführt worden. Die Namen der Verhafteten werden von der Kriminalpolizei noch immer verschwiegen, da sich angeblich noch weitere Helfershelfer der Täter auf freiem Fuß befinden. Man befürchtet, daß diese gewarnt würden, wenn die Namen der Verhafteten bekannt werden.

### Aushebung des roten Hauptquartiers.

d. Halle, 30. März. (Eig. Drahtbericht.) Das Hauptquartier der Roten Armee, Poststraße 84, wurde heute nacht durch die Sipo überholt, wobei zwei der beschäftigten Kommunisten, Schiebewind und Harfeld, angetroffen und bei einem Fluchtversuch erschossen wurden. Man fand viel Kartennmaterial und Pläne vor, sowie Geldausstellungen. Mit dem Hauptquartier war eine Zentralnachrichtensstelle verbunden. Auf Grund des gefundenen Materials erfolgten zahlreiche Verhaftungen.

### Kleiner Zwischenfall in Württemberg.

Stuttgart, 30. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Kommunisten verhalten sich in Stuttgart ruhig. Auch im Landtag kam es heute zu keinen Zwischenfällen. In der letzten Nacht wurden auf der Bahnlinie Ludwigsburg-Weipert Drahtleitungen durchschnitten. Man vermutet, daß Selbstmörder aus der Umkleekabine in Zusammenhang mit den Vorgängen in Mitteldeutschland verübten. Ein Sicherungskommando der Reichswehr ist an den Tatort abgerückt. Eine Störung des Verkehrs ist nicht entstanden.

### Kommunistische Unruhen in Nordböhmen.

d. Prag, 30. März. (Eig. Drahtbericht.) In Nordböhmen wurden etwa 420 000 Metallarbeiter ausgeperrt. In vielen Stellen bestanden die Kommunisten stillgelegte Betriebe, um die Fortsetzung der Arbeit zu erzwingen. Die Bergarbeiterverbände haben sich mit den Metallarbeitern solidarisch erklärt. Infolge der Ausperrung der Metallarbeiter ist es in Odenbach zu Unruhen gekommen.

Sie hätte ihn wohl nicht gehindert, über die Grenze zu gehen; nur hätte er es anstandshalber anzeigen sollen, wie es z. B. König Konstantin getan hat. Ebenfalls als dieser war Erzherzog Karl ein Internierter. Die waldländische Polizei hatte bloß zu beaufsichtigen, ob er sich in unklughafte Umtriebe oder Verschwörungen einlasse. Will er nun wieder in die Schweiz hinein, so muß er die Anfrage stellen, wie jeder andere auch, der sich bei uns niederlassen will. Großer Sympathien wird er sich nicht mehr zu erfreuen haben. Seine Rolle in der Schweiz dürfte ausgepielt sein.

### Paris, 31. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die Pariser Presse ist von dem Staatsreich Erzherzogs Karl nicht überrascht. Man hält für Ungarn die Monarchie für die einzig richtige Staatsform, lehnt aber die Besetzung des Thrones durch einen Habsburger ab, um keinen Präzedenzfall für die Restauration der Hohenzollern zu schaffen. Der „Temps“ und das „Journal de Debats“ äußern sich für Karl, wohl in Erinnerung an die Dienste, welche der Monarch in den letzten Kriegsjahren mit seiner deutschfeindlichen und entente-freundlichen Haltung der Entente geleistet hat. Man ist dem Monarchen noch immer gewogen. Der „Temps“ sagt: Wir sind keineswegs von dem Empfang Karls in Ungarn überrascht, wohl aber über seine frühe Rückkehr. Wir stellen uns auf die Seite der Nachbarstaaten, die vereinbart haben, daß sie eine Rückkehr der Habsburger als Kriegsgrund ansehen würden. München besitzt eine ebenso monarchistische Regierung wie die des Admirals Hortyus. „Journal de Debats“ schreibt: Hortyus hat selbst gesagt, daß der König nicht abgesetzt werden ist. Die Magyaren und der Klerus wünschen eine Wende herbei, um ihre Privilegien zu retten.

W. B. London, 30. März. Wie Reuters erfährt, ist die britische Regierung unter keinen Umständen gewillt, die Wiedererrichtung der Habsburger Monarchie zu gestatten, da sie der Ansicht ist, daß die Wiedereinsetzung des Kaisers Karl zu den verschiedensten internationalen Schwierigkeiten und Verwicklungen führen dürfte, die für den Frieden in Mitteleuropa gefährlich werden könnten.

d. Mailand, 30. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Secolo“ meldet, erregte die Budapest Reise des Kaisers großes Aufsehen. Die Regierung hat den Wachdienst an der Grenze verstärkt. Man erwartet einen gemeinsamen Schritt der Alliierten für die sofortige Ausweisung Kaiser Karls aus Ungarn.

### Der griechisch-türkische Krieg.

W. B. Athen, 30. März. Der amtliche Heeresbericht lautet: Die türkischen Nationalisten wurden nach erbittertem Widerstand in der Richtung auf Konia zurückgeworfen. Die Besetzung der Stadt Afion-Birahissan erfolgte um 3 Uhr nachmittags. Zahlreiche Gefangene, sowie Material in noch nicht festgestelltem Umfang fielen in die Hände der Griechen.

## Eine neue Entwaffnungsnote.

W. B. Berlin, 30. März. Die interalliierte Militärkontrollkommission hat am 18. März 1921 an die Friedensabteilung des Auswärtigen Amtes folgende Note gerichtet:

In der Pariser Note vom 29. Januar 1921 ist der deutschen Regierung der 28. Februar 1921 als Termin für die Ausführung gewisser militärischer Bestimmungen zugewiesen worden. Aus den Meldungen der Kontrollkommission ist nun folgendes festzustellen:

1. Die Auslieferung der über die zugeordnete Menge Waffen ist nicht vollendet, insbesondere ist neben der planmäßigen Zahl von Maschinengewehren auch die gleiche Zahl von Maschinengewehren zur Übungszwecken vorhanden und es existiert eine große Menge einander ergommener Waffen unter der Bezeichnung Ersatzstücke, deren Gesamtwert von der deutschen Regierung selbst auf über eine Milliarde geschätzt ist. Andererseits sind verbotene Waffen, Maschinengewehre, lange Pistolen und Granatwerfer nicht ausgeliefert worden.

2. Das nicht zugelassene Artilleriematerial der Festungen Küstrin, Königsberg, Löben, Boven ist nicht ausgeliefert worden.

3. Die Auslieferung des nicht zugelassenen Artilleriematerials der Küstenbefestigungen ist an die Kommission noch nicht angezeigt.

4. Die Belieferung des zugelassenen leichten Festungsmaterials ist zwar bei der Mehrzahl der Festungen im Gange. In Dillau, Marienburg, Königsberg, Löben, Boven und Küstrin hat sie jedoch noch nicht begonnen.

Die interalliierte Kontrollkommission nimmt Berner von den oben genannten Befestigungen. Sie beehrt sich, förmlich darum zu ersuchen, daß vor dem 31. März 1921 Abhilfe geschaffen wird. Sie glaubt hervorheben zu sollen, daß den Bestimmungen der Pariser Note über die Fabriken noch nicht Genüge getan ist.

Auf diese Note hat das Auswärtige Amt am 26. März folgende Antwort gegeben: In der Note vom 18. März gibt die Interalliierte Militärkontrollkommission der Ansicht Ausdruck, daß Deutschland gewisse Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles über die Ausrüstung des Heeres und die Festungen nicht erfüllt habe. Demgegenüber habe ich folgendes zu erklären:

1. Die Reichsregierung besitzt an Geschützen, Minenwerfern, Maschinengewehren und Karabinern nur die durch Artikel 164 des Vertrages und das Protokoll von Spaas festgesetzte Menge. Für die sonstige Bewaffnung des Heeres schreibt der Vertrag keine Zahlen vor. Der Besitz davon überschreitet nicht das Maß dessen, was zur Ausrüstung des 100 000 Mann-Heeres erforderlich ist. Die deutsche Regierung ist aber, wie sie bereits früher erklärt hat, bereit, die vorhandenen Langpistolen und Maschinengewehre auf die Zahl der zugelassenen Gewehre und Karabiner in Anrechnung zu bringen. Die Gebrauchswaffen könnten nicht als Waffen im Sinne des Vertrages betrachtet werden, da sie zu einer Verwendung für Industrie und bündne Schiffe dauernd unbrauchbar gemacht sind. Die Annahme, daß aus einander ergommene Waffen von mehr als einer Milliarde Mark vorhanden seien, ist irrig, wohl aber sind, wie in einer Note vom 1. Februar dargelegt wurde, Ersatzteile und Halbfabrikate für Waffen und Munition von solchem Werte vorhanden. Fertige Waffen können aus den vorhandenen Teilen ohne Neufabrikation anderer Teile und langwierige Bearbeitung nicht hergestellt werden. Um die zwangsweise Zerkleinerung größerer Werke zu vermeiden, hat die deutsche Regierung bereits im Nov. 1920 vorgeschlagen, die Bestände, soweit sie nicht für die Truppen und die Jungmänner unmittelbar benötigt werden, im besetzten Gebiete lagern zu lassen. Sie hat diesen Vorschlag in ihrer Note vom 11. Februar erneuert. Die Kontrollkommission hat sich in der Note vom 19. Februar die Antwort darauf vorbehalten. Die Entschcheidung der Vorkonferenz ist bis jetzt nicht eingegangen.

2. Nach Art. 180 Abs. 4 und Art. 167 Abs. 1 des Friedensvertrages von Versailles ist Deutschland berechtigt, das System der besetzten Werke an seiner Süd- und Ostgrenze mit der vom 10. Jan. 1920 vorhandenen Bestückung zu behalten. Dem Druck der Alliierten weichen, hat sich die deutsche Regierung gleichwohl entschließen müssen, unter Wahrung des Rechtsstandpunktes, die ganzen Artillerieausstattungen der Festungen an der Südgrenze und den größten Teil der Artillerie auszuliefern. Sie hat nur für Königsberg, Küstrin und Boven eine Anzahl von Geschützen zurückbehalten, die zur Verteidigung dieser Festungen unbedingt erforderlich sind. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Osten ist eine Auslieferung dieser Geschütze unmöglich. Reichtlich ist die Sachlage bei der Ausrüstung der Festungen mit Kampfmitteln und Geräten. Die es Material gehört zum System der Festungswerke. Die deutsche Regierung hat daher ein vertragliches Recht auf seine Beibehaltung. Ueber ihre Verpflichtungen hinaus hat sich die deutsche Regierung genötigt gesehen, für die Festungen an der Südgrenze in die Beschränkungen einzuwilligen. Für die Ostfestungen muß sie aber an ihrem Rechte festhalten.

3. Bei den Küstenwerken ist die Auslieferung des gesamten von der Kontrollkommission nicht gebudeten Kriegsmaterials im Gange.

4. In der Angelegenheit der Fabriken zur Herstellung von Kriegsgeschützen steht die deutsche Regierung der Beantwortung ihrer Note an die Vorkonferenz entgegen, deren Inhalt der Kontrollkommission unter dem 19. März mitgeteilt worden ist. Sie erinnert daran, daß Art. 168 des Friedensvertrages ihr das Recht gibt, die ihr genehm erscheinenden Fabriken vorzuschlagen. Den Alliierten Regierungen sei nur das Recht vorbehalten, die Zahl der Fabriken zu beschränken, und solche, deren Lage ihnen nicht genehm ist, abzulehnen. Es verbleibt also offenbar gegen den Friedensvertrag, wenn die Kontrollkommission für sich das Recht in Anspruch nimmt, Fabriken zu bestimmen, die von der deutschen Regierung überhaupt nicht vorgeschlagen sind.

Die deutsche Regierung hat keine Bestimmungen des Friedensvertrages über die Ausrüstung des Heeres und der Festungen verlegt. Sie erklärt sich bereit, diesen Streitpunkt einem unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten.

### Ein deutsches Memorandum über die Besetzung.

W. B. Genf, 30. März. Die deutsche Regierung hat an den Völkerbund zu Händen des Generalsekretärs des Völkerbundes folgendes Memorandum gelangt:

Nach der Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf gingen die Truppen der alliierten Mächte weiter vor und besetzten Ratingen, Belfort und Marlysch, sowie die Bahnhöfe Mählsheim, Gelsbau und Oberhausen-West. Nach den der deutschen Regierung zugekommenen Berichten über die Truppenbewegungen in diesem Gebiet scheint es in der Absicht der interalliierten Militärbehörden zu liegen, die Besetzung noch weiter auszudehnen. Die deutsche Regierung protestiert gegen die Fortsetzung eines jeden Rechts und gegen jede Gerechtigkeit verletzende Verletzung. Sie verlangt, daß die in den Artikeln 12—17 des Völkerbundespatentes vorgesehene Verhandlungsverfahren, dessen Anwendung sie schon nachgehakt habe, auch auf die Maßnahmen der Alliierten angewandt werde. Das









